



Ressort  
Deutsches Schulamt  
Der Schulamtsleiter

Dipartimento  
Intendenza Scolastica Tedesca  
L'intendente scolastico

Prot. Nr. PS/KS/18.00/24873

An die Direktoren  
der Grund-, Mittel- und Oberschulen  
**im Lande**

07. September 2000

An die Direktoren  
der gesetzlich anerkannten  
Mittel- und Oberschulen  
**im Lande**

## **RUNDSCHREIBEN DES SCHULAMTSLEITERS**

**NR. 48/2000**

**Betrifft: Landesgesetz zur Autonomie der Schulen – Anwendbarkeit der Bestimmungen für das Schuljahr 2000/01**

Sehr geehrte Frau Direktor,  
sehr geehrter Herr Direktor,

wie bekannt, ist das Landesgesetz vom 29. Juni 2000, Nr. 12, über die Autonomie der Schulen Ende Juli in Kraft getreten. Genanntes Gesetz sieht im Artikel 2 Absatz 4 grundsätzlich vor, dass den Schulen die Rechtspersönlichkeit und die Autonomie mittels Dekret des Landeshauptmannes mit Wirkung vom 1. September 2000 zuerkannt werden.

Weiters sieht der Artikel 3 Absatz 2 vor, dass die Landesregierung nach Anhören des Landes-schulrates die Schulgrößen festlegt, die für die Zuerkennung der Rechtspersönlichkeit und der Autonomie vorausgesetzt werden.

Es war vorauszusehen, dass nicht alle für die Erstellung der Schulverteilungspläne vorgesehenen Maßnahmen innerhalb 1. September 2000 gesetzt werden können. Daher hat die [Landesregierung mit Beschluss Nr. 2974 vom 11. August 2000](#) entschieden, in den nächsten Monaten die Schulverteilungspläne zu erstellen, so dass mit 1. September 2001 die Rechtspersönlichkeit verliehen werden kann. Ebenso ermöglicht der Beschluss, dass den Direktoren - rückwirkend ab 1. September 2000 - der Rang einer Führungskraft zuerkannt wird. Die diesbezügliche Regelung erfolgt mit eigenem Kollektivvertrag.

Der erwähnte Beschluss der Landesregierung sieht zudem vor, dass die Schulen im Schuljahr 2000/2001 die reguläre Abwicklung der didaktischen Tätigkeiten auf Grund der geltenden Bestimmungen und auf Grund des Landesgesetzes vom 29. Juni 2000, Nr. 12, bezogen insbesondere auf

die Autonomie in den Bereichen Didaktik, Organisation, Forschung, Schulentwicklung und Schulversuche sowie auf die Erweiterung des Bildungsangebotes, gewährleisten.

**Dies bedeutet, dass die Schulen im heurigen Schuljahr all jene im Landesgesetz Nr. 12/2000 enthaltenen Zuständigkeiten und Befugnisse ausüben können, für welche die Rechtspersönlichkeit nicht Voraussetzung ist. Selbstverständlich bleiben all jene Zuständigkeiten aufrecht, welche die Schulen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen bereits im Schuljahr 1999/2000 ausgeübt haben.**

Laut Artikel 1 Absatz 2 müssen die gesetzlich anerkannten Schulen innerhalb 1. September 2000 ihre Schulordnung im Einklang mit den eigenen Zielsetzungen den Bestimmungen dieses Gesetzes anpassen. Dieser Termin ist auf Grund des zitierten Beschlusses der Landesregierung auf den 1. September 2001 verschoben.

### **Bemerkungen zur Anwendung einiger Artikel**

#### **1) Art. 4 - Schulprogramm, Art. 6 – Didaktische Autonomie und Art. 7 – Organisatorische Autonomie**

Das Schulprogramm umfasst die curriculare (→ Pflichtfächer und Pflichtstunden), die extracurriculare (→ fakultative Bildungsangebote), die erzieherische (→ Leitbild der Schule) und die unterrichtsorganisatorische Planung.

Die didaktische Autonomie ist zunächst auf die Umsetzung der Bildungs- und Lernziele ausgerichtet und äußert sich in der planmäßigen Auswahl von Unterrichtsverfahren und Medien, in flexiblen Unterrichtsformen und Unterrichtszeiten, in der Planung und Umsetzung individueller Lernwege. Unter anderem können die Schulen:

- die Jahresstundenkontingente der Fächer in Blöcke gliedern,
- den Unterrichtsstundenplan flexibel einteilen und die Dauer der Unterrichtseinheiten festlegen, ohne die Unterrichtszeit insgesamt zu kürzen,
- die Klassen öffnen und Gruppen mit Schülern und Schülerinnen auch aus verschiedenen Klassen bilden.

Das Lehrerkollegium legt die Richtlinien für die Anerkennung von Schulguthaben und für das Aufholen von Lernrückständen fest. Bildungsguthaben können im Rahmen des erweiterten Bildungsangebotes der Schule oder in Aktivitäten außerhalb der Schule erworben werden. Schul- und Bildungsguthaben sollen den Schulwechsel und die Übergänge zwischen Schule, Berufsschule und Arbeitswelt erleichtern.

Die organisatorische Autonomie setzt insbesondere auf Flexibilität beim Einsatz des Lehrpersonals, wobei die von den Arbeitsverträgen vorgesehenen Dienstpflichten zu berücksichtigen sind. Der Schulrat regelt in der internen Schulordnung alle organisatorischen Aspekte des Schullebens. Was die Anpassung des geltenden Schulkalenders betrifft, so verweise ich auf die Bemerkungen zum Punkt „Anpassung des Schulkalenders“.

#### **Diese Bestimmungen finden im Rahmen der Übergangsregelung laut Artikel 22 des L.G. Nr. 12/2000 Anwendung.**

Diesbezüglich hat die Landesregierung am 4. September 2000 einen entsprechenden Beschluss genehmigt. Der Beschluss beinhaltet Folgendes:

- Die derzeit geltenden Lehrpläne und Stundentafeln (sowohl jene, die mit Landesgesetz als auch jene, die mit Beschluss der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Unterrichtsministerium als Schulversuch genehmigt worden sind) bilden für das Schuljahr 2000/01 die Curricula laut Artikel 5 des L.G. Nr. 12/2000.
- Auf diese Curricula beziehen sich alle Bestimmungen der organisatorischen und didaktischen Autonomie wie auch der Autonomie der Forschung, der Schulentwicklung und der Schulversuche.

- Die Schulen können die von den Lehrplänen vorgesehenen Fächer und Tätigkeiten einerseits gegenseitig kompensieren, andererseits dürfen sie auch neue Fächer einführen. Dabei darf das einzelne Fach oder die Tätigkeit um maximal 15 Prozent des betreffenden Jahresstundenkontingentes gekürzt werden. Neue Fächer dürfen nur dann eingeführt werden, wenn es dafür verbindliche Lehrpläne gibt (Landesgesetz oder Schulversuch).

Im Beschluss wird auch die Anzahl der Unterrichtswochen festgelegt, welche die Grundlage für die Errechnung der Jahresstundenkontingente der einzelnen Unterrichtsfächer bildet. Wie bekannt, sind die Fächer derzeit auf Grund der Stundentafeln als Wochenstunden verteilt worden. Nunmehr können die Schulen die Fächer selbständig auf das Schuljahr verteilen. Der flexible Einsatz des Stundenplans setzt allerdings die Berechnung der Jahresstundenkontingente der einzelnen Fächer voraus. Zu diesem Zweck werden die derzeit vorgesehenen Wochenstunden mit 34 Wochen je Fach multipliziert, zumal der in Südtirol geltende Schulkalender (genehmigt mit Beschluss der Landesregierung Nr. vom 14. Dezember 1998, Nr. 5829) für das Schuljahr 2000/01 **207 Schultage** und für das Schuljahr 2001/02 **209 Schultage** vorsieht.

Weiters sieht der Beschluss vor,

- dass die verbindliche Grundquote der Curricula 85% des Jahresstundenkontingentes je Fach beträgt (z.B. Deutsch: 3 Stunden X 34 Wochen = 102 Stunden, davon 86,7% = 84,1 Stunden),
- dass die restlichen 15% des Jahresstundenkontingentes je Fach zur Pflichtquote zählen, die den Schulen vorbehalten ist (bezogen auf das genannte Beispiel sind das 13,3 Stunden; bei insgesamt 1000 Jahresstunden bedeutet dies maximal 150 Stunden).

Die Pflichtquote, über die die Schule selbst verfügt, kann verwendet werden,

- um die Fächer und Tätigkeiten im aktuellen Ausmaß zu unterrichten (also um die geltende Schulordnung zu bestätigen), oder
- um die von den geltenden Lehrplänen vorgesehenen Fächer gegenseitig zu kompensieren, wobei das einzelne Fach um maximal 15% des betreffenden Jahresstundenkontingentes gekürzt werden darf, oder
- um neue Fächer oder neue verpflichtende Unterrichtstätigkeiten einzuführen, wie beispielsweise Instrumentalunterricht im Rahmen der Musikerziehung oder Theater im Rahmen des Deutschunterrichtes u.ä.

Da das Autonomiegesetz den Artikel 7 des L.G. Nr. 25/1993 (Schulordnung der Grundschule Südtirols) aufhebt, sind im Beschluss auch Bestimmungen zu den Pflichtstunden in der Grundschule enthalten.

Der Artikel 7 sah unter anderem vor, dass die wöchentliche Unterrichtszeit in den ersten Klassen mindestens 25 und in den anderen Klassen mindestens 27 Stunden beträgt. Weiters legte er für die deutschsprachige Grundschule das wöchentliche Ausmaß des Unterrichtes der zweiten Sprache (vier Wochenstunden in der zweiten und dritten Klasse, fünf Wochenstunden in der vierten und fünften Klasse) sowie jenes in Religion für die Schulen aller drei Sprachgruppen (zwei Wochenstunden in jeder Klasse) fest.

Infolge der „vacatio legis“ ist es daher unumgänglich, dass **die Pflichtstunden für Religion und Italienisch-Zweite Sprache sowie die Mindestanzahl der Pflichtstunden pro Jahr von der Landesregierung festgelegt werden.**

Bei dieser Gelegenheit werden auch die im Artikel 5 der D.Lh. Nr. 22/96 festgehaltenen Wochenstunden der anderen Fächer in Jahresstundenkontingente umgerechnet.

Schließlich wird im Beschluss die Bestimmung aufgehoben, wonach die vom Schulrat gefassten Beschlüsse zu den Fach- und Projekttagen, den Schul- und Klassenpartnerschaften sowie zum

Schüleraustausch gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses der Landesregierung vom 29. Juni 1998, Nr. 2867, dem zuständigen Schulamt zuzusenden sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Inhalt dieses Beschlusses mit Dekret des Landeshauptmannes erlassen und demnächst im Amtsblatt der Region veröffentlicht wird (Artikel 22 des Gesetzes zur Autonomie der Schulen).

## **2) Art. 8 – Autonomie der Forschung, der Schulentwicklung und der Schulversuche**

Dieser Artikel kann im Rahmen der finanziellen und personellen Verfügbarkeiten angewandt werden.

## **3) Art. 10 – Erweiterung des Bildungsangebotes:**

Um den Erwartungen der Schulgemeinschaft entgegenzukommen und sofern personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen, haben die Schulen die Möglichkeit, zusätzliche Fächer und Tätigkeiten anzubieten, die von den Schülerinnen und Schülern frei gewählt und besucht werden.

Die Initiativen für Erwachsene sind vor allem auf den Erwerb von Studientiteln ausgerichtet. Für Schülereltern können Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen vorgesehen werden. Das erweiterte Bildungsangebot sieht die Nutzung der Räume und Einrichtungen außerhalb der Unterrichtszeit, Beziehungen zur Arbeitswelt sowie die Teilnahme an Projekten des Landes, des Staates und der Europäischen Union vor.

## **4) Art. 11 – Verwaltungsautonomie:**

Die Schulen sorgen für alle Maßnahmen, die den Schulbesuch und die Schullaufbahn der Schüler und Schülerinnen betreffen (*siehe dazu auch den Punkt „Ersatzbescheinigungen und Richtigstellung von Personaldaten“*).

Was den Bereich der Verwaltung und Buchhaltung betrifft, so bleibt die bisherige Regelung für das Schuljahr 2000/01 aufrecht.

Die Zuständigkeit für den Abschluss von Verträgen bleibt bis zur vollinhaltlichen Anwendbarkeit der Artikel 9 und 11 des L.G. Nr. 12/2000 von den aufgehobenen Artikeln 15 und 16 des L.G. Nr. 20/95 geregelt, da der Inhalt dieser beiden Artikel vom Autonomiegesetz übernommen wurde.

Die Bestimmung des Absatzes 5, wonach alle von den Schulen getroffenen Maßnahmen definitiv sind, gilt nur für die Akte der Kollegialorgane. Gegen die Maßnahmen des Direktors ist weiterhin – sofern es sich nicht um gesetzlich für endgültig erklärte Akte handelt - der hierarchische Rekurs möglich.

## **5) Art. 12 – Finanzautonomie:**

Auf Grund von Artikel 22 Absatz 3 des Landesgesetzes Nr. 12/2000 finden bis zum Erlass der entsprechenden Durchführungsverordnungen weiterhin die geltenden Verwaltungs- und Buchhaltungsbestimmungen des Landes Anwendung:

- Artikel 7 (Aufgabenbereiche des Schulrates) und 8 (Aufgabenbereiche des Vollzugsausschusses) vom Landesgesetz Nr. 20/95,
- Dekret des Landeshauptmanns Nr. 53/76.

Im Laufe des Monats September wird die Landesregierung voraussichtlich die Kriterien für die Zuweisungen des Landes an die Schulen den Bestimmungen des Artikels 12 anpassen.

Informationshalber wird in diesem Zusammenhang noch darauf aufmerksam gemacht, dass die Anwendung des Kompetenzhaushaltes für das Haushaltsjahr 2001 aufrecht bleibt.

## **6) Art. 13 – Rang und Befugnisse des Schuldirektors und der Schuldirektorin:**

Im Sinne des zitierten Beschlusses der Landesregierung Nr. 2974/2000 kann für das laufende Schuljahr den Schuldirektoren auf Grund der fehlenden Rechtspersönlichkeit der Schulen vorläufig der Rang einer Führungskraft nicht zuerkannt werden. Demnach finden die Bestimmungen des Artikels 13 nur soweit Anwendung, als sie mit den Bestimmungen des Artikels 396 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 16. April 1994, Nr. 297, und der geltenden Kollektivverträge vereinbar sind.

Vollzugsausschuss: auch der Absatz 7 kann für das kommende Schuljahr nicht angewandt werden, womit der Vollzugsausschuss weiterhin die vorgesehenen Aufgaben und Befugnisse laut Artikel 8 des Landesgesetzes Nr. 20/95 und der Artikel 3, 4 und 5 des Dekretes des Landeshauptmannes Nr. 53/76 wahrnimmt.

## **Mitarbeiter des Direktors**

Das Ministerialrundschreiben vom 3. August 2000, Nr. 193, kann nicht angewandt werden.

Genanntes Rundschreiben besagt unter anderem, dass der Absatz 5 des Artikels 25bis des Legislativdekretes Nr. 29/93, wonach der Direktor seine Mitarbeiter auswählt, unmittelbar Anwendung findet. Dies auf Grund eines Gutachtens des Staatsrates, aus welchem hervorgeht, dass der Art. 7 Absatz 1 Buchstabe h) des Legislativdekretes Nr. 297/94 als überholt zu betrachten ist: diese Bestimmung sieht vor, dass das Lehrerkollegium die Mitarbeiter des Direktors wählt.

Der Rang einer Führungskraft (dirigenza) kann, wie bereits oben erwähnt, vorläufig nicht zuerkannt werden. Daher kann weder der Artikel 25-bis des Legislativdekretes Nr. 29/93 noch das dazugehörige Rundschreiben des Unterrichtsministeriums zur Anwendung kommen. Es bleibt der Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe g) des Landesgesetzes Nr. 20/95 aufrecht, laut welchem das Lehrerkollegium nach den mit Durchführungsverordnung festgelegten Kriterien die drei Lehrpersonen wählt, die beauftragt sind, mit dem Direktor zusammenzuarbeiten.

## **Durchführungsverordnungen**

Das Autonomiegesetz sieht die Verabschiedung folgender Durchführungsverordnungen vor:

- Art. 11 Absatz 2 und Art. 12 Absatz 8: *Durchführungsverordnung über die Modalitäten und buchhalterischen Aufgaben, welche die Durchführung von Aufträgen und Ankäufen wie die Abwicklung des Ökonomatsdienstes regeln, sowie über die Finanzgebarung und die Buchhaltung der Schulen, für die Erstellung der Abschlussrechnung und der buchhalterischen Maßnahmen sowie für die Regelung des Kassendienstes, die Führung der Inventare und die Überprüfung der Finanzgebarung*
- Art. 17 Absatz 5: *Durchführungsverordnung, betreffend die Aufgaben, den Sitz und die Organisation des Landesbeirates für die Evaluation und der diesbezüglichen Dienststellen.*
- Außerdem ist auf Grund von Artikel 13 Absatz 8, wonach der Schuldirektor die Verwendung von schulischen Räumlichkeiten für außerschulische Tätigkeiten genehmigt und allfällige Beschwerden gegen die ablehnende Maßnahme des Direktors für die Liegenschaften im Eigentum des Landes an den Landesrat für Vermögen (dieser trifft – nach Rücksprache mit den zuständigen Landesrätinnen – die definitive Entscheidung), das *Dekret des Landeshauptmannes vom 18. November 1996, Nr. 42, betreffend „Durchführungsverordnung über die Benutzung von Gebäuden, Geräten und Anlagen der Schulen für außerschulische Tätigkeiten“* zu überarbeiten.

Diesbezüglich teile ich Ihnen mit, dass bereits erste Entwürfe der Durchführungsverordnungen vom deutschen Schulamt ausgearbeitet worden sind, welche allerdings noch mit den anderen

Schulämtern sowie auf politischer Ebene abgesprochen werden müssen. Was die Durchführungsverordnung zur Buchhaltung der Schulen anbelangt, so ist der entsprechende Entwurf in LaSIS

veröffentlicht worden, auch hat am 27. Juli dazu eine Tagung der Schulsekretäre stattgefunden. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden die neuen Bestimmungen mit dem Schuljahr 2001/02 in Kraft treten.

## **Ersatzbescheinigungen und Richtigstellung von Personaldaten**

Gemäß Artikel 1 des Gesetzes vom 7. Februar 1969, Nr. 15, werden die Ersatzbescheinigungen über den Abschluss der Mittelschule und der Fachlehranstalten von der jeweiligen Direktorin/vom jeweiligen Direktor, jene über den Abschluss der Oberschule vom Schulamtsleiter ausgestellt.

Weiters ist der Schulamtsleiter für die Richtigstellung von Personaldaten auf Diplomen, in Prüfungsregistern und in allen anderen Schulakten laut Gesetz Nr. 15 vom 7. Februar 1969 zuständig.

Im Sinne von Artikel 11 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 29. Juni 2000, Nr. 12, über die Autonomie der Schulen, sorgen die Schulen für alle Maßnahmen, welche die Schullaufbahn der Schülerinnen und Schüler betreffen. Dies bedeutet, dass es nunmehr in den Zuständigkeitsbereich der Direktorinnen und Direktoren der Oberschule fällt, die Ersatzbescheinigung über das Abschlussdiplom der Oberschule auszustellen.

*Ebenfalls sind die Direktorinnen und Direktoren nun für die Richtigstellung von Personaldaten auf Diplomen, in Prüfungsregistern und in allen anderen Schulakten zuständig.*

Weiters sind die Abschlussdiplome der Oberschule, die von den Betroffenen nicht abgeholt worden sind, zu Beginn des zweiten Semesters des darauffolgenden Schuljahres nicht mehr an das Schulamt zu übermitteln, sondern an der Schule aufzubewahren.

Die wichtigsten Richtlinien zu diesem Sachgebiet sind in meinem Rundschreiben Nr. 27/92 vom 13.03.1992 enthalten.

## **Anpassung des Schulkalenders**

Artikel 19 des L.G. Nr. 12/2000 zur Autonomie der Schulen sieht vor, dass

- das Schuljahr am 1. September beginnt und am 31. August des darauffolgenden Jahres endet,
- das Schuljahr mindestens 200 Schultage umfassen muss (in den Schulen mit Fünftagewoche verringert sich diese Zahl entsprechend um die Anzahl der Unterrichtswochen),
- die Landesregierung nach Anhören des Landesschulrates das Unterrichtsende und den Kalender der Schlussbewertungen und Prüfungen festlegt sowie Richtlinien zum Unterrichtsbeginn, zu den Ferien und Unterrichtsunterbrechungen erlässt.

Weiters sieht Artikel 7 Absatz 3 des L.G. Nr. 12/2000 vor, dass die Anpassungen des Schulkalenders vom Schulrat nach den Erfordernissen des Schulprogramms und unter Beachtung der von der Landesregierung erlassenen Richtlinien beschlossen werden.

Zudem sieht Artikel 7 Absatz 4 vor, dass der Stundenplan des gesamten Curriculums wie auch jener der einzelnen Fächer und Tätigkeiten flexibel, auch im Rahmen einer mehrwöchigen Planung eingeteilt wird. Aufrecht bleiben die Jahresstundenkontingente der einzelnen obligatorischen Fächer und Tätigkeiten sowie die Verteilung der Unterrichtsstunden auf nicht weniger als fünf Wochentage.

*Auf Grund dieser Bestimmungen ist der geltende Schulkalender, genehmigt mit Beschluss der Landesregierung Nr. 5829 vom 14. Dezember 1998, abzuändern.*

Wir haben bereits einen ersten Entwurf für die Anpassung des Schulkalenders an die neuen Autonomiebestimmungen ausgearbeitet, welcher noch mit den politischen Vertreterinnen abgesprochen werden muss. Anschließend wird er dem Landesschulrat für die vorgesehene Begutachtung weitergeleitet, bevor er der Landesregierung zur Genehmigung unterbreitet wird. Die neuen Bestimmungen werden mit dem Schuljahr 2001/02 zur Anwendung kommen.

Mit freundlichen Grüßen

DER SCHULAMTSLEITER

- Dr. Walter Stifter -